



Unternehmerische Stadtentwicklung zwischen interkommunalem Wettbewerb und lokaler Regulation: Untersucht am Beispiel der Stadt Münster

Sebastian Schipper¹

Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt a. M.
Robert-Mayer-Str. 6-8, 60325 Frankfurt am Main, Deutschland
Email: sschipper@stud.uni-frankfurt.de

Zusammenfassung

Dass die Stadt seit der Krise des Fordismus nicht mehr als ein eher ausführendes Organ des Wohlfahrtsstaates fungiert, sondern selbst unter Wettbewerbsbedingungen für die Aktivierung endogener Wachstumspotenziale und die Schaffung von Wohlstand und Arbeitsplätzen verantwortlich ist, hat seit längerem unter dem Begriff der „unternehmerischen Stadt“ Einzug in die kritische Stadtforschung erhalten. Gefordert werden aber immer wieder konkrete empirische Untersuchungen im Spannungsfeld zwischen zunehmendem interkommunalem Standortwettbewerb und den lokalen Regulationsformen vor Ort. Stadtpolitik verfügt auch weiterhin über eine relative Autonomie und kann somit durchaus einen Unterschied – beispielsweise in der Ausgestaltung der Sozialpolitik – machen.

Als empirisches Ergebnis einer Untersuchung der Transformationsprozesse am Beispiel der Stadt Münster im Bundesland Nordrhein-Westfalen lässt sich



¹ Creative Commons licence: Attribution-Noncommercial-No Derivative Works

festhalten, dass der Wandel zu einem „Unternehmen Münster“ samt den Folgen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen nicht etwa kriseninduziert gewesen ist, sondern erstens politisch gewollt und strategisch durchgesetzt wurde. An Hand einer Analyse der diskursiven Deutungsmuster innerhalb der städtischen Verwaltung wird zweitens deutlich, dass das Ideal der unternehmerischen Stadt als hegemoniales Deutungsmuster von den leitenden Akteuren so verabsolutiert und verinnerlicht worden ist, dass sie ihr Handeln auch ohne direkten Zwang primär an dem Ideal der Verbesserung der lokalen Wettbewerbsfähigkeit ausrichten.

Die unternehmerischen Stadtumstrukturierungsprozesse haben lokalpolitische Konflikte provoziert. Die daraus resultierenden sozialen Kämpfe konnten zwar die grundsätzliche Transformation zu einer unternehmerischen Stadt und die drastischen Kürzungen im Sozialbereich nicht verhindern, aber auf Grund plebiszitärer Elemente in der nordrheinwestfälischen Kommunalverfassung durchaus Teilerfolge erzielen.

Einleitung

Konfrontiert mit einem ökonomischen und sozialen Strukturwandel sowie knappen öffentlichen Haushalten sehen sich Stadtverwaltungen auch in Deutschland zunehmend gezwungen in Konkurrenz zu anderen Kommunen um wirtschaftlichen Erfolg zu kämpfen. Galt die Stadt unter fordistischen Bedingungen eher als soziale Integrationsmaschine und ausführendes Organ des Wohlfahrtsstaates, so ist sie unter postfordistischen Bedingungen zunehmend selbst für die Aktivierung endogener Wachstumspotenziale und die Schaffung von Wohlstand und Arbeitsplätzen verantwortlich. Die Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten anderer Handlungsfelder erhält höchste Priorität; als Konsequenz drohen u.a. eine Vernachlässigung lokaler Sozialpolitik und eine Zunahme sozialer Ungleichheit. Diese Entwicklung ist in der Stadtforschung unter dem Begriff „Unternehmen Stadt“ theoretisch konzeptionalisiert sowie ihre Ursachen und Folgen für die Bewohner und die Zukunft der Städte intensiv diskutiert worden (vgl. z.B. Brenner, 2004; Dangschat, 1999; Harvey, 1989, 1987; Häußermann et al., 2008, 2004; Heeg und Rosol, 2007; Heeg, 2004; Hirsch, 1996; Lebuhn, 2007; Mayer, 1998; Parker, 2004, 129ff; Ronneberger et al., 1999).

Die sich im Postfordismus wandelnden polit-ökonomischen Rahmenbedingungen wirken aber selbst nur als Tendenzen mit einer „relativen Dominanz“ (Jessop, 2007, 247) auf städtische Entwicklungsprozesse ein, so dass städtische Politik relevant und die lokale Regulation damit zumindest relativ autonom bleibt. Dementsprechend ist das Verhältnis zwischen globalen ökonomischen Restrukturierungen und dem lokalen politischen System als „Schlüsselbeziehung“ (Keil und Lehrer, 1995, 11) zu bezeichnen und erfordert somit konkrete empirische Untersuchungen.

Das Fallbeispiel der Stadt Münster ist in diesem Zusammenhang besonders interessant und aufschlussreich, da es sich bei dieser Stadt um eine wohlhabende und prosperierende Kommune handelt, die dennoch seit ca. dem Jahr 2000 einen Transformationsprozess zu einer unternehmerischen Stadtentwicklung vollzieht. Dieser Prozess hat zu drastischen Kürzungen im Sozialbereich und zu sozialen Konflikten geführt. Bemerkenswert ist dabei, dass die Forcierung der lokalen Wettbewerbsfähigkeit auch ohne eine dezidierte ökonomische Krise höchste Priorität erlangt. Im Folgenden soll daher gezeigt werden, wie die offizielle lokale Politik, hegemoniale Deutungsmuster innerhalb der Stadtverwaltung und soziale Kämpfe die kommunale Entwicklung maßgeblich beeinflussen.

Die unternehmerische Stadt, ihre Folgen und Ursachen

The goal of locational policy, therefore, is to promote territorial competitiveness by maintaining and continually expanding the capacities for profit-making and economic growth that are embedded within specific political jurisdictions (Brenner, 2004, 207).

Der Begriff der unternehmerischen Stadt wurde schon Ende der 1980er Jahre von David Harvey genutzt, um den gravierenden Wandel städtischer Politik zu beschreiben. Die Initiierung und Stimulierung privater Kapitalakkumulation wird auf Kosten anderer Handlungsfelder primäres Ziel lokaler Politik. Wesentlicher Kern unternehmerischer Stadtpolitik liegt demnach in der Nutzung von „local government powers to try and attract external sources of funding, new direct investments or new employment sources“ (Harvey, 1989, 7), was zu einer „radikale[n] Redefinition des städtischen Raumes nach ökonomischen Kriterien“ (Lebuhn, 2007, 529) führt.

Kennzeichnend für eine derartige Transformation ist die Etablierung flexibler Governanceformen, insbesondere Public-Privat-Partnerships (vgl. Lebuhn, 2007; Mayer, 1996, 21f; Pelizzari, 2001), eine Vernachlässigung von Sozialpolitik und ein Abbau kommunaler Versorgungsleistungen zugunsten von Standortpolitik (vgl. Berger und Schmalfeld, 1999, 328; Brenner und Heeg, 1999, 111; Häußermann et al., 2008, 285ff; Heeg, 2001; Ronneberger et al., 1999, 45ff), eine grundsätzliche Orientierung lokaler Politik an einkommensstarken Haushalten (vgl. Berger und Schmalfeld, 1999, 321ff; Häußermann et al., 2008, 248ff; Wood, 2007), die Produktion von Image und symbolischem Kapital (vgl. Harvey, 1987, 120ff; Häußermann et al., 2008, 248f; Meyer zu Schwabedissen und Miggelbrink, 2005) und die Forcierung einer konsumentenfreundlichen Innenstadt (vgl. Belina, 2006, 2003; Berger und Schmalfeld, 1999, 325; Glasze et al., 2005; Michel, 2005, 54ff; Ronneberger et al. 1999, 139ff; Schipper, 2006; Wehrheim, 2006, 50ff).

Während BefürworterInnen unternehmerischer Stadtentwicklung betonen, dass alle EinwohnerInnen der Stadt durch die höhere Effizienz der lokalen Verwaltung und mittels eines *trickle-down* Effekts langfristig von einem stabilen makroökonomischen Wachstum profitieren (vgl. Blume, 2003; Hauff et al., 2007), betont beispielsweise Paul Krugman, dass zwar Firmen konkurrieren können, sich diese Vorstellung bei Raumeinheiten aber in eine „dangerous obsession“ (Krugman, 1994) verwandelt habe. Des Weiteren befürchten David Harvey u.a., dass im Zuge der langfristigen Verallgemeinerung und damit Ubiquität von Standortpolitik die Vorteile derselben verschwinden, während die Kosten bleiben. Dabei wird die Instabilität des gesamten urbanen Systems auf Grund von Problemen der Überakkumulation und Überinvestition betont (vgl. Harvey, 1989, 12; Brenner, 2004, 263f; Hamm, 1999, 54). Auf der anderen Seite fehlen finanzielle Mittel im sozialen und kulturellen Bereich, da der interkommunale Wettbewerb zu einer „race to the bottom in social service provision“ (Brenner, 2004, 264) führe, so dass selbst die Gewinnerstädte des Strukturwandels nicht in der Lage seien, eine angebotsorientierte Wirtschaftsförderung und die erforderlichen Sozialleistungen gleichzeitig zu finanzieren. Weiterhin kritisiert Neil Brenner, dass die Dominanz einer rein nach ökonomischen Kriterien ausgerichteten Politik und die Verschlankung von öffentlichen Verwaltungsstrukturen, bei der demokratisch nicht legitimierte BürokratInnen und ExpertInnen an Einfluss gewinnen, zu einem Verlust an demokratischer Mitbestimmung und Legitimierung der Politik führen kann. Es wird befürchtet, dass das Primat der Politik – als Grundvoraussetzung jeder Demokratie – abgelöst wird zugunsten eines Primats der Ökonomie (vgl. Brenner, 2004, 265).

Häufig wird als Reaktion auf den Verlust von materieller Teilhabe und politischer Mitbestimmung unterer sozialer Schichten als vermeintliche Kompensation eine Ideologie der lokalen Gemeinschaft konstruiert, welche die Ideologie der nationalen Gemeinschaft auf lokaler Ebene in ähnlicher Form reproduziert. Dabei wird eine schicksalhafte Verbundenheit im Kampf um globale Wettbewerbsfähigkeit suggeriert, was auch dazu führt, dass Partikularinteressen lokaler Unternehmen und städtischer Eliten als Universalinteressen erscheinen.

Entscheidend für den Umschwung hin zu unternehmerischen Formen der Stadtentwicklung sind im Sinne der Regulationstheorie (vgl. z.B. Aglietta, 1987; Becker, 2002; Lipietz, 1995, 1985; Scheuplein, 2008) die durch die Krise des Fordismus induzierten makroökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen sowie die Herausbildung postfordistischer Akkumulationsregime und Regulationsweisen. Diese sind u.a. geprägt durch eine Flexibilisierung der Akkumulation, Deindustrialisierung und Tertiarisierung der Beschäftigungsverhältnisse, zunehmender Arbeitslosigkeit sowie einer sozialen Polarisierung (vgl. Brenner, 2004, 172ff; Dangschat und Dietrich, 1999; Harvey, 1987; Kohlmorgen, 2004). Die fiskalische Krise des keynesianischen Wohlfahrtsstaates ab den 1970er Jahren und

die Globalisierung der Ökonomie, bedingt durch die Liberalisierung des Außenhandels, der Deregulierung der nationalen Finanzmärkte und eines Kapitalismus inhärenten Prozesses der „Raum-Zeit-Verdichtung“ (Harvey, 1990/2007), haben zu einer Transformation des Nationalstaates zum so genannten „Nationalen Wettbewerbsstaat“ (vgl. Hirsch, 1996) geführt. Neben Deregulierung, Flexibilisierung und Liberalisierung nationaler Politikfelder ist dieser Prozess durch eine skalare Verschiebung politischer Regulationsformen von nationaler auf supranationaler und lokaler Ebene gekennzeichnet (vgl. Brenner, 2004). Insbesondere die skalare Verschiebung der Regulationsformen auf subnationale Ebenen ermöglicht bzw. erzwingt direkte Verhandlungen zwischen dem lokalen Staat und internationalem Kapital, wodurch lokale Wettbewerbsfähigkeit stark an Bedeutung gewinnt.

Brenner betont daher zu Recht, dass der ökonomische Druck auf die Städte keineswegs das Ergebnis einer übermächtigen Globalisierung gewesen sei, sondern – ermöglicht durch sinkende Raumüberwindungskosten – auch politisch durch den Nationalstaat konstruiert wurde. Indem Städte durch die interskalare Verschiebung staatlicher Regulation direkt dem ökonomischen Wettbewerbsdruck ausgesetzt worden sind, sollte eine wachstumsorientierte, unternehmerische und wettbewerbsorientierte Politik auf lokaler Ebene durchgesetzt werden (vgl. Brenner, 2004, 212f). In Deutschland wurde beispielsweise mit der Reform des Raumordnungsgesetzes Mitte der 1990er Jahre betont, dass städtische Regionen endogene Kapazitäten nutzen müssen, um Deutschland als Ganzes wettbewerbsfähig zu halten (vgl. Brenner, 2004, 230ff). Gleichzeitig führten real sinkende kommunale Steuereinnahmen und die zunehmende Übertragung von Pflichtaufgaben von Bund und Ländern auf die Kommunen zur Finanzkrise der kommunalen Haushalte (vgl. Jungfer, 2005, 33ff). Die Kombination von Finanzkrise und induziertem Wettbewerbsdruck zeigt, dass Städte durch politische Maßnahmen gedrängt wurden, ihre Effizienz und Marktposition zu verbessern, was sich prägnant in der Losung „compete or die“ (Brenner, 2004, 212) widerspiegelt. Als Vorreiterstädte dieses lokalen Transformationsprozesses fungierten schon in den 1980er Jahren Hamburg und Frankfurt (vgl. Berger und Schmalfeld, 1999, 318; Ronneberger et al., 1999, 25; Keil und Lieser, 1988).

Wie Margit Mayer u.a. bereits in den 1990er Jahren zeigen konnten, bedeutet die unter postfordistischen Bedingungen vorherrschende Tendenz hinzu angebotsorientierten bzw. unternehmerischen Regulationsweisen auf lokaler Ebene nicht, dass Kommunen keinen Handlungsspielraum mehr besäßen. Innerhalb der Kompatibilitätsgrenzen, welche durch den zunehmenden Standortwettbewerb gesetzt werden, bestehen durchaus Variationsmöglichkeiten (vgl. Hitz et al., 1995; Mayer, 1998, 1996, 1995), die insbesondere in wohlhabenden und ökonomisch prosperierenden Städten von etwa konservativer oder progressiver Seite ausgefüllt werden können. Inwiefern diese im Sinne sozialer, ökologischer oder emanzipatorischer Ziele genutzt werden, hängt maßgeblich von den lokalen Machtkonstellationen ab.

tionen in der offiziellen Politik, den hegemonialen Deutungsmustern leitender städtischer Angestellter sowie dem Einfluss und Widerstandspotenzial lokaler sozialer Bewegungen ab. Dies soll im Folgenden am Beispiel der Stadt Münster gezeigt werden.

Als empirische Basis dienen Experteninterviews mit leitenden Angestellten der Stadtverwaltung (konkret jeweils mit dem/der LeiterIn der Wirtschaftsförderung, des Stadtplanungsamtes, des Kulturamtes, von Münster Marketing und des Amtes für Finanzen und Beteiligungen), Reden des seit 1999 amtierenden CDU-Oberbürgermeisters Tillmann, schriftliche Leitbilder der Stadt sowie sonstige Dokumente, Zeitungen und Broschüren mit lokalpolitischem Bezug.

Die Auswertung der schriftlichen Dokumente folgt dabei der strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse, wie sie Mayring vorschlägt (vgl. Mayring, 2008, 2002, 2000; dazu auch Diekmann, 2007, 510ff; Flick, 2000; Lamnek, 2006, 517ff; Reuber und Pfaffenbach, 2005, 173ff). Im Sinne einer strukturierenden Analyse sind aus dem verschiedenen Material bestimmte, für die Fragestellungen relevante Inhaltsbereiche extrahiert worden. An dieses verdichtete Material wurden anschließend folgende Forschungsfragen herangetragen: Inwiefern lässt sich eine wettbewerbsorientierte Stadtentwicklung feststellen und inwiefern wird die Vorstellung, dass sich Städte in einem interkommunalen Wettbewerb befinden, medial verbreitet und öffentlich kommuniziert? Welche Anzeichen gibt es von einem „Unternehmen Münster“ zu sprechen, was spricht dagegen? Die Interessen welcher gesellschaftlichen Schichten stehen explizit oder implizit im Vordergrund? Und schließlich, inwiefern werden unterschiedliche Politikbereiche als Standortpolitik definiert und auch dementsprechend betrieben? Zur Gewährung eines Höchstmaßes an Reliabilität und Intersubjektivität wurden hierzu Kategorien, Ankerbeispiele und Kodierregeln festgelegt.

Die Auswertung der Experteninterviews zielt dagegen darauf ab, die allgemeinen Deutungsmuster und Wirklichkeitskonstruktionen der Akteure der Stadtverwaltung herauszuarbeiten. Dafür bietet sich die spezielle Auswertungsstrategie für theoriegenerierende Experteninterviews an, wie sie Meuser und Nagel (2005) entwickelt haben. In einem ersten Schritt sind die Transkripte in Bezug zu den relevanten Forschungsfragen textgetreu, in eigenen Worten paraphrasiert (vgl. Meuser und Nagel, 2005, 83f) und anschließend mit Überschriften versehen worden. Im dritten Schritt ist nach thematisch vergleichbaren bzw. ähnlichen Textpassagen aus unterschiedlichen Interviews gesucht worden, um diese thematisch zusammen zustellen. Schließlich konnte sich im vierten Schritt von der Terminologie der Interviewten gelöst und das „Gemeinsame im Verschiedenen“ (Meuser und Nagel, 2005, 88) zusammengefasst und verdichtet werden. Im letzten Schritt wurden dann die Kategorien untereinander systematisch aufgelöst und generalisiert, so dass eine Interpretation des empirischen Materials aus einer

erweiterten Perspektive möglich wird (vgl. Meuser und Nagel, 2005, 89f). Meuser und Nagel räumen selbst ein, dass durch das von Anfang an leitende Forschungsinteresse „die Gefahr der verdachtsgeleiteten Theoriekonstruktion [...] groß“ (Meuser und Nagel, 2005, 90) ist. Diese konnte aber durch saubere Arbeit, Offenlegung der Analyseschritte und beständige Reflektion minimiert werden.

Münster als empirisches Fallbeispiel

Münster als Untersuchungsbeispiel ist besonders interessant, weil die kreisfreie Kommune mit ca. 272.000 EinwohnerInnen als wohlhabend und prosperierend zu bezeichnen ist und dennoch seit dem Jahr 2000 einen Wandel zur unternehmerisch agierenden Stadt vollzogen hat. Der relative Wohlstand der Stadt spiegelt sich beispielsweise in einer deutlich positiven Bevölkerungsentwicklung (vgl. Stadt Münster, 2007, 40, 327), einer relativ niedrigen Arbeitslosenquote von 8,4% aller zivilen Erwerbspersonen (Stand 2006) und einem dem bundesweiten Trend entgegenlaufenden Wachstum sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse von 11,4% seit 1995 wider (vgl. Stadt Münster, 2007, 107, 329). In diesem Zusammenhang ist auch erwähnenswert, dass die Stadt im Oktober 2004 bei dem internationalen LivCom-Award in der Kategorie der Städte mit 200.000 bis 750.000 EinwohnerInnen zur „Lebenswertesten Stadt der Welt“ gekürt worden ist.

Die Transformation zu einer unternehmerischen Stadtentwicklung zeigt sich auf der Ebene lokaler Zielaussagen am deutlichsten im 2004 verabschiedeten, zentralen Leitbild der Stadt, dem so genannten „Integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingkonzept Münster (ISM)“ (vgl. Stadt Münster, 2004). Dort treten sämtliche in Abschnitt zwei angeführte Kriterien unternehmerischer Stadtentwicklung als dezidierte Leitbildorientierungen der Stadt eindeutig hervor (dazu mehr in Abschnitt vier). Dass es sich hierbei nicht nur um abstrakte Zielaussagen handelt, zeigt die konkrete Politik: Exemplarisch sei auf die Implementierung von flexiblen Governanceformen in Form von *Public-Private-Partnerships* und *New Public Management*-Technologien, auf drastische finanzielle Kürzungen im Sozialbereich und auf eine verstärkte Orientierung der Politik an den Interessen von einkommensstarken Haushalten und Unternehmen verwiesen (vgl. z.B. Hauff et al., 2007; Stadt Münster, 2004). Zwischen 2000 und 2006 reduzierte sich der Bestand an preisgebundenem Wohnraum von über 15.000 Wohneinheiten auf nur noch 11.622 (vgl. Stadt Münster, 2007, 149). Dem gegenüber stehen Investitionen in weiche Standortfaktoren und die Forcierung einer konsumentenfreundlichen Innenstadt, welche mit der Produktion eines urbanen Images durch eine Professionalisierung von städtischem Marketing und der Schaffung von symbolischem Kapital einhergehen (vgl. Hauff et al., 2007; Hauff, 2003; Meffert, 2006; Münster Marketing, 2007; Reuber und Schnell, 2003). Institutionell spiegelt sich der Wandel in dem Umbau der Stadtverwaltung wider. Schon im Jahr 2000 ist der

Eigenbetrieb „Münster Marketing GmbH“ gegründet und 2004 das „Amt für Wirtschaftsförderung“ in die „Wirtschaftsförderungs GmbH Münster“ umgeformt worden.

Die drastischen finanziellen Kürzungen im Sozialbereich gehen zum größten Teil auf das so genannte Rödl-Gutachten im Jahr 2006 zurück. Die zur Haushaltskonsolidierung eingeschaltete Unternehmensberatung „Rödl und Partner“ (2006) empfahl massive Kürzungen im Sozialbereich von insgesamt €22,8 Millionen, die zu großem Teil von der Politik anschließend auch umgesetzt worden sind. Alleine in dieser letzten von drei Konsolidierungsrunden des kommunalen Haushaltes mussten sämtliche Angebote, die zur sozialen Sicherung und Integration beitragen, Budgetkürzungen von 25 % verkraften. Über €4.000.000 wurden durch die Kürzung von Mietzuschüssen für Arbeitslosengeld-II-EmpfängerInnen und AsylbewerberInnen eingespart (vgl. Rödl und Partner, 2006, 180) und zahlreiche soziale Institutionen sind in ihrer Existenz bedroht oder in ihrer Arbeit stark eingeschränkt worden. Im Bereich Schule und Weiterbildung wurden die Zuschüsse für die Schülerbeförderung auf den gesetzlichen Standard gesenkt sowie der Schuletats um 15% und der Schulbuchetats um 5% reduziert. Zudem ist zu berücksichtigen, dass bereits unabhängig von der letzten Runde der Haushaltskonsolidierung beispielsweise die Summe der Pro-Kopf-Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt (HzL) und für die Hilfe in besonderen Lebenslagen (HibL) von €4.276 (1999) auf €3.536 (2004) pro betreuter Person gesunken ist (vgl. Hoffmeister, 2007, 70-76).

Seit 2006 etablierten sich verschiedene Protest- und Widerstandsformen gegen eine unternehmerische Stadtentwicklung, welche allerdings nur partiell erfolgreich waren. Das sich im Zuge der Haushaltskonsolidierung aus vielen unterschiedlichen, außerparlamentarischen Basisinitiativen gegründete und weiterhin bestehende Bündnis „Münster Solidarisch“ (vgl. Initiative Münster Solidarisch, 2006) konnte die Kürzungen im Sozialbereich trotz kontinuierlicher und umfangreicher Proteste genauso wenig verhindern wie zwei spektakuläre Hausbesetzungen durch autonome Initiativen den Abriss günstigen Wohnraumes in der Grevenerstraße. Erfolgreicher dagegen waren zwei Bürgerbegehren, die jeweils gegen die Ziele fast alle Ratsfraktionen – mit Ausnahme der Grünen und der Linken – die Teilprivatisierung der Stadtwerke 2002 und das geplante Leuchtturmprojekt einer lokal subventionierten Musikhalle 2008 verhinderten.

Um die Transformation Münsters zu einer unternehmerisch agierenden Stadt zu verstehen, kann, wie oben erläutert, nicht auf den ökonomischen Niedergang der Kommune rekuriert werden, welcher womöglich den Handlungsspielraum der lokalen Politik drastisch eingeschränkt hätte. Stattdessen bietet sich Münster als empirisches Beispiel an, um zu untersuchen, inwiefern es sich um ein dezidiert

politisches Projekt handelt und welchen Einfluss hegemoniale Deutungsmuster besitzen.

Standortwettbewerb als politisches Projekt – „Wir wollen Wirtschaft“

Auf Grund seiner durch die Kommunalverfassung von Nordrhein-Westfalen (NRW) festgelegten zentralen Position ist davon auszugehen, dass der jeweils amtierende Oberbürgermeister im Rahmen struktureller Zwänge maßgeblich die offizielle Politik bestimmen kann. Er ist nicht nur Chef der gesamten Verwaltung und Vorsitzender des Hauptausschusses des Rates, sondern auch oberster kommunaler Repräsentant und zentrale Kontaktperson zur Presse (vgl. Kost, 2003, 203ff). In Münster bekleidet seit der ersten Direktwahl 1999 und bestätigt 2004 der CDU-Politiker Tillmann dieses höchste Amt der Stadt.

Als paradigmatisch für die Ziele und Durchsetzungsstrategien des Oberbürgermeisters Tillmann kann die Grundsatzrede „Quo vadis Münster – Strategien für den Standort“ bezeichnet werden (vgl. Tillmann, 2003). Darin formuliert er sechs Thesen, die auf Basis „weitreichender Zukunftsszenarien“ langfristige Perspektiven aufzeigen bzw. „Richtungs-Schneisen“ schlagen sollen, um daraus „recht bald kommunalpolitische Konsequenzen“ (Tillmann, 2003, 3) zu ziehen.

Anknüpfend an die anscheinend besondere Lebensart – dem „Münster-Gefühl“ – soll bewusst, systematisch und konzertiert der Wirtschaftsstandort Münster fit gemacht und die Stadt auch international als Wissenschaftsstandort etabliert werden (vgl. Tillmann, 2003, 11). Ein Hauptmanko bestünde dabei in der mangelnden Wahrnehmung und Wertschätzung der Wirtschaft seitens der Münsteraner Bürgerschaft, weswegen bei allen „standortpolitischen Zukunftsoptionen [...] vor allem“ formuliert werden müsste: „'Wir wollen Wirtschaft' – Das sind die ‚3 Ws‘ die wir nicht vergessen dürfen!“ (Tillmann, 2003, 10).

In Anbetracht des ökonomischen Strukturwandels und der Tatsache, dass auch die regionale und überregionale Städtekonkurrenz nicht schlief (vgl. Tillmann, 2003, 7f), stünde Münster vor „unangenehme[n] Herausforderungen“ und einer „unkalkulierbaren Zukunft“ (Tillmann, 2003, 5). Ziel müsse es daher sein, das bürgerschaftliche Anspruchsdenken an die überstrapazierte Finanzkraft der Stadt mit der „normativen Kraft des faktischen“ (Tillmann, 2003, 8) zu konfrontieren und eine „lokale Massenbewegung“ – bei allen diesbezüglichen Schwierigkeiten in einer so „selbstzufriedenen Stadt“ (Tillmann, 2003, 5) – zu initiieren, die sich hinter so allgemeinen und abstrakten Standortthemen stelle. Um einen solchen Bewusstseinswandel erfolgreich anzuregen, stünden alle relevanten Gruppen der Stadtgesellschaft in der Pflicht, Standortpolitik systematisch im lokalen Diskurs energisch zu vertreten (vgl. Tillmann, 2003, 5).

In dieser Hinsicht geht der Bürgermeister auch in anderen Reden mit positivem Beispiel voran. Er betont stets, dass sich Münster „dem Wettbewerb der Städte und Standorte“ (Tillmann, 2004, 5) stellen müsse und sich nicht auf Grund seiner vergleichsweise hervorragenden ökonomischen Ausgangsbasis ausruhen dürfe (vgl. Tillmann, 2005, 1, 3). Falls Münster „nicht im Wettbewerb mit der Konkurrenz abgeschlagen auf der Strecke“ (Tillmann, 2004, 5) bleiben wolle, müsse dem Anspruchdenken, der zufriedenen Behaglichkeit und der erheblichen Kritikbereitschaft der lokalen Bevölkerung ökonomische Rationalität entgegengehalten werden (vgl. Tillmann, 2004, 5; Tillmann, 2005, 2, 5).

Um dieses Dilemma zu lösen, appelliert er in mehreren Reden an das Gemeinschaftsgefühl bzw. an das „Wir-sind-Münster-Gefühl“ (Tillmann, 2005, 1). Nicht nur in guten Zeiten gelte: „Wir alle sind Münster!“, sondern auch dann, wenn man „Verzicht üben müsse!“ (Tillmann, 2005, 2) bzw. wenn „ein schuldenmäßig übergewichtiger, finanziell chronisch überforderter ‚Patient Münster‘ mit zunehmenden Problemen im Herz-Kreislaufsystem von Einnahmen und Ausgaben“ (Tillmann, 2005, 3) standortpolitisch wieder fit gemacht werden müsse.

Wir müssen jetzt aber auch gemeinsam „Münster“ sein, wenn es nun darum geht, diese vielen lieb gewordenen Forderungen an die und die Förderungen, Leistungen, Einrichtungen und Dienste der Stadt nun auf den Prüfstand zu stellen, zu relativieren, zurückzufahren, neu zu justieren (Tillmann, 2005, 3).

Im Interesse des Gemeinwohls und der ganzheitlichen Stadtentwicklung müssten auch noch so berechtigte Teilinteressen zurückgestellt werden (vgl. Tillmann, 2004, 5).

Offensichtlich bedient sich der Oberbürgermeister einer Ideologie der lokalen Gemeinschaft (vgl. Harvey, 1989, 14) bzw. versucht diese zu konstruieren, in dem eine schicksalhafte Verbundenheit im Kampf um globale Wettbewerbsfähigkeit suggeriert wird. Als ideologisch können Aussagen gewertet werden, die Partikularinteressen als Universalinteresse darstellen.

Die Leistung der Ideologie besteht also darin, Aussagen oder gesellschaftliche Verhältnisse, mit denen ein partikulares Interesse verfolgt wird, so erscheinen zu lassen, als seien sie normal, vernünftig oder natürlich und deshalb im allgemeinen Interesse. Ideologie ist dabei aber nicht schlichte Lüge der Herrschenden, die nur von den (dummen) Beherrschten geglaubt wird. Ideologische Urteile sind vielmehr umso wirkmächtiger und überzeugender, wenn auch ihre Nutznießer fest von ihrer Richtigkeit überzeugt sind (Belina, 2003, 91).

Demnach handelt es sich auch bei dem Appell an die lokale Gemeinschaft und das Gemeinwohl um eine ideologische Aussage, da mittels Standortpolitik Partikularinteressen lokaler Unternehmer und örtlicher Eliten zu Lasten anderer sozialer Gruppen durchgesetzt werden. Diese Tatsache wird aber nicht offen benannt, sondern hinter einer ideologischen Schleierwand aus lokaler Gemeinschaft und vermeintlichen Sachzwängen eines interkommunalen Wettbewerbs verborgen. Das bedeutet aber nicht unbedingt, dass der Oberbürgermeister oder andere Akteure dies bewusst und in voller Absicht täten. Wahrscheinlich ist eher, dass auf Grund der subtilen Überzeugungskraft dieser Vorstellungen die Akteure selbst an die lokale Schicksalsgemeinschaft glauben.

Nicht ideologische Aussagen würden stattdessen nach den Ursachen der kommunalen Finanzkrise fragen, was auch Tillmann in mehreren Reden explizit tut. Er hebt nämlich auch ausdrücklich hervor, dass externe und für die Städte unbeeinflussbare Gründe für die finanzielle Krise verantwortlich seien (vgl. dazu auch Jungfer, 2005, 33ff). Insbesondere Bund und Länder, die immer mehr gesetzliche Pflichtaufgaben auf die Kommunen übertrügen, ohne entsprechende Finanzmittel bereit zu stellen, und die allgemeine Konjunkturerwicklung seien für den Verfall der kommunalen Haushalte verantwortlich (vgl. Tillmann, 2005, 5; Tillmann, 2004, 2). Anstatt aber auf diesem Standpunkt zu beharren und dementsprechende – sicherlich schwierig durchzusetzende – Forderungen an die übergeordneten politischen Ebenen zu stellen, pocht er als einzige Konsequenz aus dieser verworrenen Situation ausschließlich auf die weitere Stärkung der lokalen Wettbewerbsfähigkeit. Da sein Einfluss auf Veränderungen, welche besagte übergeordneten politischen Ebenen betreffen, sicherlich minimal ist, ist dieses Verhalten in der Funktionslogik des Oberbürgermeisters durchaus als rational zu bezeichnen. Widersprüchlich ist dieses Vorgehen aber dennoch, weil es anscheinend nicht einmal einer ökonomisch prosperierenden Stadt wie Münster – eine der wenigen Großstädte in NRW, die noch nicht von einer Haushaltssicherung betroffen ist – gelingt, einen ausgeglichenen Haushalt zu organisieren. Deswegen kann die Lösung für die kommunale Finanzkrise wohl kaum bei den Städten selbst liegen, was auch Tillmann bewusst zu sein scheint, wenn er beispielsweise in einer Rede zum Haushaltsplan 2005 formuliert, dass „[d]as kommunale Finanzdrama in Deutschland [...] also deutlich systembedingt und damit sehr grundsätzlicher Natur“ (Tillmann, 2004, 2) sei. Als Lösung für Münster wird aber – wie beschrieben – ausschließlich die Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit gefordert.

Dass sich der Diskurs um Standortwettbewerb dabei eindeutig im Interesse lokaler Eliten und einkommensstarker Haushalte auswirkt, verdeutlicht auch die daraus argumentativ abgeleitete Steuer- und Investitionspolitik, die der Oberbürgermeister in seinen Reden sehr deutlich propagiert. Vor dem argumentativen Hintergrund eines hochmobilen (Human-) Kapitals dürfe sich die lokale Solidargemeinschaft nicht um sich selbst oder sozial Benachteiligte kümmern, sondern

müsse ihre verbliebenen finanziellen Gestaltungsspielräume im Interesse lokaler oder anzulockender Unternehmen und einkommensstarker Haushalte nutzen.

Münster als regionales Oberzentrum für Westfalen und als national und international im Städtewettbewerb stehende Regionalhauptstadt [kann] es sich nicht leisten [...], nur sich selbst zu genügen, sondern die Stadt muss auch anderen genügen: Investoren, Touristen, Besuchern, Kunden, Gästen, Studenten, Professoren, Forschern, Managern, zuzugswilligen Familien! Und deshalb kann unsere kommunalpolitische Grundfrage eben nicht nur lauten: Was können wir für uns tun? Wie können wir unsere eigene bürgerschaftliche Zufriedenheit steigern? Sondern sie muss lauten: Was können und was müssen wir tun, damit wir als Kultur-, Wissenschafts- und Bildungsstadt attraktiv und wirtschaftlich und arbeitsmarktmäßig wettbewerbsfähig bleiben? (Tillmann, 2007a, 4).

Insbesondere weil „die Unternehmen hier vor Ort, die auf die Rekrutierung hoch qualifizierter Mitarbeiter angewiesen sind, nach wie vor teils erhebliche Schwierigkeiten haben, solche Mitarbeiter in ausreichender Zahl nach Münster zu holen“ (Tillmann, 2007a, 3f), müsse man in infrastrukturelle Rahmenbedingungen für die Wirtschaft (bspw. Ausbau des Flughafens, Sanierung des Hauptbahnhofes, Ausweisung von Gewerbegebieten) und in die Qualität des Freizeit- und Kulturangebotes (bspw. eine Musikhalle) investieren. Vor dem Hintergrund der Sparpolitik sei dies kein Widerspruch und keine Verschwendung knapper Mittel, da nur so die Wertschöpfungsquellen durch Unternehmenserfolge und Standortentscheidungen für Münster gesichert werden könnten (vgl. Tillmann, 2007a, 4).

Trotz der relativ niedrigen Gewerbesteuern in Münster (vgl. Tillmann, 2007b, 16) sei auf Grund der Mobilität des Kapitals an eine Verbesserung der Einnahmenseite nicht zu denken. Stattdessen dürfe dieser Standortvorteil gegenüber anderen Städten nicht unnötig aufs Spiel gesetzt werden, denn „Steuereinnahmen sind [...] ein flüchtiges, scheues Wild. Meistens sieht man sie nicht, manchmal sind sie kurz da, aber bevor man sie richtig im Visier hat, haben sie sich schon wieder in die Büsche geschlagen!“ (Tillmann, 2007b, 15)

Vor dem Hintergrund „wichtiger standortpolitischer Herausforderungen“ (Tillmann, 2007b, 18) wolle man die Stadt „ja nicht verwalten, sondern gestalten, weiterentwickeln, attraktiv und konkurrenzfähig halten!“ (Tillmann, 2007b, 17) Trotz erfreulich guter Resultate Münsters in Städtevergleichen gäbe es noch enorm viel zu tun und den ein oder anderen „herausfordernden Leuchtturm“ (Tillmann, 2007b, 19) zu verwirklichen. Sparen und Gestalten müssten gleichzeitig stattfinden sowie als „Wettbewerbssiege“ (Tillmann, 2007b, 20) bezeichnet und den Bürgern als solche kommuniziert werden. Sowohl die Schließung von Bädern als auch die Kürzungen im Schulbereich seien genauso Siege im Kampf um die Wettbewerbs-

fähigkeit der Stadt, wie der Ausbau des Flughafens, die Fertigstellung der Einkaufspassage in der Innenstadt und der Bau einer Musikhalle (vgl. Tillmann, 2007b, 20).

Als Kristallisationspunkt dieser diskursiv-strategische Kehrtwende kann das vom Oberbürgermeister Tillmann mitinitiierte „Integrierte Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingkonzept Münster“ (ISM) (vgl. Stadt Münster, 2004) bezeichnet werden. Das von 2002 bis 2004 entwickelte Konzept gilt als „grundsätzlicher Orientierungsrahmen“ und „als ganzheitliches Prüfraster“ bei der „Entwicklung und Beurteilung von Projekten mit gesamtstädtischer Bedeutung“ (Stadt Münster, 2004, 1) und ist daher als das zentrale und profilbildende Leitbild der Stadt zu beurteilen. Dem Oberbürgermeister ist es gelungen, den Diskurs einer wettbewerbsfähigen Stadt in der zentralen, schriftlichen Leitbildorientierung der Kommune zu verankern. In der sprachlichen Ausdrucksweise ist der Abschlusstext oberflächlich zwar sehr allgemein und für ein breites politisches Spektrum konsensfähig gehalten. Gleichzeitig ist er aber für unternehmerische Formen der Stadtentwicklung äußerst anschlussfähig. So wird in der Präambel zwar ausdrücklich das Verantwortungsbewusstsein der Stadt für soziale Solidarität und Integration beschworen, in den Abschnitten über Leitbildorientierungen und Leitprojekte fehlen diese Aspekte aber fast gänzlich (vgl. Stadt Münster, 2004, 2f, 7f, 15ff). Unter dem Profil „Wissenschaft und Lebensart“ werden stattdessen Leitbildorientierungen formuliert, die typisch für unternehmerische Stadtentwicklung sind. Demnach ist es Ziel, Münster als europäischen Wissenschaftsstandort zu positionieren, eine positivere Wahrnehmung und Einstellung gegenüber der Wirtschaft zu generieren, Kunst und Kultur als wichtige Standortfaktoren aufzuwerten, die Stadt als Verwaltungszentrum weiterzuentwickeln, die Innenstadt und das Image zu stärken sowie die Lebensqualität als weichen Standortfaktor zu erhalten und zu verbessern (vgl. Stadt Münster, 2004, 15ff).

Die hegemoniale Verankerung des Ideals einer wettbewerbsfähigen Stadt in der zentralen, schriftlichen Leitbildorientierung der Kommune ermöglicht Akteuren unternehmerischer Stadtentwicklungsprojekte einen diskursiven Anschluss und liefert die argumentative Grundlage für zahlreiche wettbewerbsorientierte Transformationsprozesse.

Hegemoniale Deutungsmuster leitender Akteure der Stadtverwaltung Münster

In einer wohlhabenden Stadt wie Münster richten, so zumindest die These, leitende Akteure der Stadtverwaltung ihr Handeln insbesondere dann nach ökonomischen Kriterien aus, wenn sie von der Mobilität des (Human-) Kapitals und von der Existenz eines unnachgiebigen Standortwettbewerbs auch überzeugt sind. Dementsprechende Deutungsmuster generieren als komplexitätsreduzierende

und nur begrenzt reflexiv verfügbare Interpretationsschemata Handlungsfähigkeit (vgl. Wood, 2003, 110). Don Mitchell formuliert treffend: „It actually does not matter that much if this is how capital ‘really’ works; it is enough that those in positions of power believe that this is how capital works” (Mitchell, 1997, 316).

Die Auswertung der Experteninterviews zeigt, dass die Vorstellung von interkommunalem Wettbewerb, dem sich die lokale Politik fast bedingungslos unterordnen muss, als hegemoniales Deutungsmuster bezeichnet werden kann. Die Vorstellung von einem immer schärfer werdenden Wettbewerb um Unternehmen, TouristInnen, KonsumentInnen und Führungskräfte, ist unter allen interviewten Akteuren weit verbreitet – auch wenn die wahrgenommene Qualität des interkommunalen Wettbewerbs zum Teil variiert. Kapital und Humankapital erscheinen überwiegend als höchstmobil und vollkommen standortunabhängig. So formuliert exemplarisch eine Führungskraft, dass die „globalisierte Welt“, Unternehmensfusionen, die höhere Mobilität der Menschen sowie der sich „ganz eklatant“ (Interview 4) äussernde Standortwettbewerb zum Teil eine Überlebensfrage für Städte darstellten, die sich aus folgender Kausalkette ergebe:

Irgendwann gibt es Leerstände, dann schwindet die Attraktivität und dann ist das wie so ein Dominoeffekt und am Schluss ist eine Stadt kaputt, da ist wirtschaftlich dann nichts mehr zu machen, die haben weder Einnahmen durch Gewerbesteuern, die haben keine Leute, die da wohnen, dann geht die Infrastruktur immer weiter kaputt und niemand entscheidet sich dann mehr für diese Stadt. Das ist ein sehr bedrohliches Szenario, es ist ja relativ klar, dass das einer ganzen Reihe von Städten in den nächsten Jahren droht (Interview 4).

Die Analyse der Reden und Interviews hat zudem gezeigt, dass ökonomische Kategorien die Wahrnehmung und Deutung der sozialen Welt seitens der leitenden Akteure der Stadtverwaltung eindeutig dominieren. Die Ökonomisierung der lokalen Verwaltung spiegelt sich in der Wortwahl (beispielsweise werden Bürger zu Kunden und die Stadt Münster zu einer Marke), der Gleichsetzung von Kommunen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen und der hegemonialen Interpretation des eigenen politischen Handlungsfeldes als aktive Standortpolitik wider:

Verwaltung ist nicht mehr einfach Verwaltung. Ich erlebe das eigentlich überhaupt nicht mehr, dass irgendwo so beamtenmäßig, verwaltungsmäßig agiert wird, ich kann mir das überhaupt nicht mehr vorstellen, wie das gehen soll, sondern man ist wirklich mittlerweile nicht nur aus Not, sondern eigentlich aus Überzeugung her sehr unternehmerisch ausgerichtet. Das beobachte ich auch bei vielen anderen Kollegen. Das war nicht aus der Not geboren, das ist im Grunde ein gewachsener,

veränderter Dialog und verändertes Umgehen mit Kunden. [...] Ich ganz subjektiv hab aber das Gefühl, dass wir gerade in dem Bereich, was so Service- und Kundenorientierung angeht, unternehmerisches Denken sehr gut aufgestellt sind in der Stadt hier (Interview 3).

Das unternehmerische Denken beeinflusst allerdings nicht nur den stärker service-orientierten Umgang mit Kunden, sondern transformiert die Ausrichtung vieler Politikbereiche. Gemeint ist damit, dass – wie in diesem Fall – die Kulturpolitik weniger einer Eigenlogik folgt, beispielsweise der Förderung allgemeiner kultureller Teilhabe, sondern als Standortpolitik gedacht und konzipiert wird. Dies hat Konsequenzen für die Art der Ausgestaltung des kulturellen Angebots der Stadt. Während Leuchttürme – wie etwa das Großprojekt einer geplanten Musikhalle oder Kunstausstellungen wie die „Skulptur Projekte“ – im Sinne dieser Logik als Standortfaktoren instrumentalisiert und dadurch subventioniert werden können, gilt dies für eine finanzielle Unterstützung der Musikschule und der öffentlichen Bücherei weitaus weniger, weshalb u.a. auch genau bei solchen Institutionen das finanzielle Budget deutlich gesenkt worden ist (vgl. Rödl und Partner, 2006, 130-145).

Dieser Wandel spiegelt sich auch in der primären Zielgruppe lokaler Verwaltung wider. Nicht an sozial benachteiligte Schichten, sondern an einkommensstarken Haushalten, Führungskräften und Eliten soll sich kommunale Politik verstärkt orientieren, um diese – vor dem Hintergrund vermeintlich gestiegener Mobilität – in Münster zu halten oder dort hinzubewegen.

Trotz der Fokussierung der lokalen Politik auf die Stärkung der systemischen Wettbewerbsfähigkeit, bedeutet dies im Umkehrschluss nicht, dass Sozialpolitik vollständig an den Rand gedrängt wird. Eine kommunale Sozialpolitik bleibt laut Deutung seitens der städtischen Akteure insofern erwünscht, als sie selbst als Standortpolitik begriffen wird. Beide Politikfelder stellen zwei Seiten derselben Medaille dar. Dieser Funktionswandel der Sozialpolitik bedeutet allerdings eine quantitative und qualitative Absenkung des Niveaus der sozialen Leistungen. Die Bewertung dieser Leistungen orientiert sich nämlich nicht mehr – falls sie es in dieser Form je getan hat – an der Bedürftigkeit sozial Benachteiligter oder dem Gebrauchswert kommunaler Versorgungseinrichtungen, sondern an deren positivem Beitrag für den Standort Münster bzw. an der Vermeidung sozialer Unruhen. Für die Attraktivität der Stadt spiele es nämlich auch eine Rolle, dass „die Unterschiede zwischen Arm und Reich [nicht] so eklatant [werden ...], dass sie Bandenkriege haben und solche Dinge“ (Interview 4). Denn wo Probleme auftraten oder öffentlich würden, hätte die Stadt sofort ein Attraktivitätsproblem.

Die Idee ist immer sich darauf zu konzentrieren, wovon leben wir denn und wovon lebt letztlich dann auch die Sozialhilfe, wovon können wir

das denn überhaupt finanzieren, dass wir die Leute eben unterstützen, dass es hier eben nicht zu einem Clash kommt (Interview 4).

Auf den ersten Blick erstaunlich erscheint, dass die leitenden Akteure der Stadtverwaltung im Widerspruch zur bedrohlichen Gegenwartsdiagnose, nach der ein zunehmender Standortwettbewerb die Stadt zu erheblichen Anstrengungen zwingt, die Zukunft der Stadt überwiegend sehr positiv sehen. Mit Verweis auf die gute Platzierung im Städteranking 2007 der „Initiative für Neue Soziale Marktwirtschaft“ (vgl. INSM, 2007) betont zum Beispiel ein leitender Angestellter, „dass die Stadt sehr gut aufgestellt ist“ (Interview 1). Dieser vermeintliche Widerspruch erklärt sich aus zwei Gründen. Erstens braucht man – so eine andere Führungskraft –, um dauerhaft an „der Spitze der Bewegung“ zu sein, „ein bisschen mehr Unruhe in der Stadt“ und müsse „ein bisschen mehr Horrorszenario haben“ (Interview 4). Das Problem für Akteure der Stadtverwaltung besteht gewissermaßen darin, dass sich beispielsweise Haushaltskonsolidierungen, teure Investitionen in die Standortattraktivität und andere Maßnahmen, die sich ganz substanziell gegen die Interessen eines Großteils der Einwohner der Stadt richten, nur mit Verweis auf einen drohenden Wohlstandsverlust in der Zukunft rechtfertigen und durchsetzen lassen. Dass Münster „einfach mehr tun“ (Interview 4) müsse, lässt sich daher nur glaubhaft vermitteln, wenn erfolgreich suggeriert werden kann, dass die ökonomische Basis der Stadt in Gefahr sei:

Ja, uns geht es noch zu gut. Im Ruhrgebiet ist das anders, da können Sie sich das angucken. Da brauchen Sie nur auf die Straße treten, dann kommt ihnen das heulende Elend entgegen. Und da sagen die Leute, wenn es irgendeinen Scheiß aus dieser Misere gibt, bitte, dann beschreiten wir den. Ob der funktioniert weiß ich auch nicht, aber es ist besser als nichts zu tun (Interview 4).

Zweitens erklärt sich der Widerspruch aus dem endlosen Charakter der Wettbewerbslogik. In Analogie zur „rastlose[n] Bewegung des Gewinnes“ (Marx 1867/1988, 168) privaten Kapitals kann es dieser Logik folgend keine Grenze maximaler Wettbewerbsfähigkeit geben.

Ich glaube allerdings, aber nur bei nicht nachlassender Anstrengung, wenn wir jetzt aufhören und uns dann zurücklegen und sagen guck mal, ist es hier wieder schön, dann werden wir den Wettbewerb nicht unbedingt gewinnen. Denn man muss eins sagen, die anderen schlafen alle nicht. Das ist einfach so. Wir sind immer noch in Teilen die Innovativsten, aber wir sind dann zum Beispiel nicht in der Lage oder bereit ausreichend Geld [...] zur Verfügung zu stellen und das wirklich ernsthaft umzusetzen (Interview 4).

Der Rechtfertigung unternehmerischer Politik seitens der interviewten Akteure – man generiere dadurch die finanziellen Mittel, die auch eine soziale Ausgleichspolitik möglich machen – ist daher zu kontrastieren, dass im Sinne der Logik des verschärften Wettbewerbs möglicherweise generierte Mittel wiederum zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit genutzt werden müssen. Unternehmerische Stadtentwicklung scheint daher schon vom Prinzip her jeder Idee von sozialem Ausgleich zu widersprechen.

Schlussbetrachtungen

Seit der Krise des Fordismus hat sich ein tief greifender Wandel in der Stadtpolitik vollzogen. Während unter fordistischen Bedingungen die Stadt als soziale Integrationsmaschine und ausführendes Organ des Wohlfahrtsstaates galt, so ist sie unter postfordistischen zunehmend selbst für die Aktivierung endogener Wachstumspotenziale und die Schaffung von Wohlstand und Arbeitsplätzen verantwortlich. Diese Entwicklung hat unter dem Begriff der „unternehmerischen Stadt“ Einzug in die kritische Stadtforschung erhalten.

Da aber in der Schlüsselbeziehung zwischen strukturellen ökonomischen Zwängen und lokaler Regulation städtische Politik relevant bleibt, werden „konkrete empirische Untersuchungen spezifischer lokaler Konstellationen“ (Heeg und Rosol, 2007, 194) gefordert. Anliegen des Artikels war es daher, den Einfluss von offizieller Politik in Form des Oberbürgermeisters, von Deutungsmustern städtischer Angestellter und von sozialen Kämpfen bei der Reformulierung lokaler Regulationsformen am Beispiel der Stadt Münster aufzuzeigen.

Die Analyse von Reden des Oberbürgermeisters Tillmann hat verdeutlicht, dass der Umschwung zu einer Ökonomisierung lokaler Politikfelder politisch gewollt und bewusst forciert wurde. Für ihn erhalten dabei die Bestrebungen zur gezielten diskursiven Verbreitung der Narrative vom interkommunalen Wettbewerb und der Alternativlosigkeit von Standortpolitik innerhalb breiter Bevölkerungsschichten eine entscheidende Bedeutung als politisches Betätigungsfeld. Als Auftrag an alle Gruppen der Stadtgesellschaft wird seitens des Bürgermeisters – mit regelmäßigem Verweis auf die Ideologie der lokalen Schicksalsgemeinschaft – gefordert, diesen Diskurs lokal nachzuerzählen und als Rede in der Bevölkerung zu verankern. Inwiefern damit bewusst Interessenpolitik im Sinne lokaler Unternehmer, städtischer Eliten und der eigenen Wählerklientel gemacht wird oder der Bürgermeister selbst von der Alternativlosigkeit seiner Politik überzeugt ist, lässt sich auf Basis des empirischen Materials nicht eindeutig sagen. Ihm ist es aber in jedem Fall gelungen, vor dem Hintergrund der kommunalen Finanzkrise eine diskursiv-strategische Kehrtwende einzuleiten, die im Jahr 2004 in der Verankerung grundlegender Kerngedanken unternehmerischer Stadtentwicklung im zentralen Leitbild der Stadt – dem Integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarke-

tingkonzept Münster (ISM) – kulminierte. Der ISM-Prozess und ähnliche darauf folgende Zielbestimmungen der städtischen Politik eröffnen den Akteuren der lokalen Verwaltung seitdem einen Anknüpfungspunkt zur Begründung und Legitimierung unternehmerischer Stadtentwicklungsprojekte.

Die Auswertung der Experteninterviews hat gezeigt, dass die Vorstellung von hochmobilem, standortunabhängigem (Human-) Kapital als hegemoniales Deutungsmuster leitender, städtischer Akteure diskursive Verbreitung findet und dort eine Handlungsrationaltät wirkmächtig ist, die eine Selbstmotivation zur Etablierung unternehmerischer Politikformen erzeugt. Demnach sehen sich die Akteure auch nicht in einem Dilemma zwischen wünschenswerter Politik und ökonomischen Sachzwängen. Sie folgen vielmehr einer instrumentellen Vernunft, die interkommunalen Wettbewerb selbst nicht mehr als sozial produziert hinterfragt, sonder essentialisiert. Durch diese Naturalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse wird die offizielle Politik entpolitisiert und auf eine scheinbar unpolitische Frage der richtigen Technik reduziert.

Weil sich Rationalität dieser Art auf die richtige Wahl zwischen Strategien, die angemessene Verwendung von Technologien und die zweckmäßige Einrichtung von Systemen (bei *gesetzten* Zielen in *gegebenen* Situationen) erstreckt, entzieht sie den gesamtgesellschaftlichen Interessenzusammenhang, in dem Strategien gewählt, Technologien verwendet und Systeme eingerichtet werden, der Reflexion und einer vernünftigen Rekonstruktion (Habermas, 1978, 49; kursiv im Original).

Folgt man Habermas Definition instrumentellen Handelns, dann sind städtische Akteure also – in Übereinstimmung mit deren Selbsteinschätzung – einerseits als aktive Gestalter der Stadt zu bezeichnen, da sie die Wahl zwischen verschiedenen Strategien der Kommunalentwicklung und der zweckmäßigen Einrichtung lokaler Verwaltungssysteme nach Maßgabe der instrumentellen Vernunft treffen. Andererseits vollziehen sie aber genau diese Wahl vor dem Hintergrund einer Akzeptanz und Naturalisierung ökonomischer Sachzwänge, welche sie nicht als gesellschaftlich produziert reflektieren, sondern verdinglichen. Das Primat der ökonomischen Handlungsrationaltät scheint daher auch ohne direkten Zwang zur Richtschnur des eigenen Denkens und Handelns zu werden.

Als Ergebnis lässt sich in Kurzform festhalten, dass sich erstens unternehmerische Stadtentwicklungsprozesse in Münster trotz erheblicher Widerstände weitgehend etabliert und die soziale Ungleichheit verschärft haben. Zweitens ist die Transformation zu einem „Unternehmen Münster“ als ein politisch intentional gestalteter Prozess zu betrachten und entfaltet drittens seine Wirkmächtigkeit durch Deutungsmuster leitender städtischer Akteure.

Bezüglich einer Generalisierung und Übertragung der Ergebnisse auf andere Städte muss allerdings berücksichtigt werden, dass Münster eine relativ wohlhabende Stadt ist und ihr damit Optionen offen stehen, die andere Städte womöglich nicht mehr haben. Außerdem kann man postulieren, dass eine gewisse Pfadabhängigkeit und Tradition widerständiger Bürgerschaft existiert, die sich beispielsweise in besagten Hausbesetzungen gegen den Abriss günstigen Wohnraumes sowie in Protesten und erfolgreichen Bürgerbegehren gegen unternehmerische Stadtentwicklungsprojekte manifestiert und mit der sich die lokale Politik als spezifische Besonderheit auseinandersetzen muss. Die Verankerung der Rede vom Standortwettbewerb in der Bevölkerung scheint demnach bislang nur bedingt zu gelingen. Für soziale Bewegungen, die sich gegen eine unternehmerische Stadtumstrukturierung richten, bedeutet dies, den Kampf um die lokale Hegemonie ernst zu nehmen und im Dickicht der konkreten Auseinandersetzungen nicht zu vernachlässigen. Daher gilt es den vermeintlichen Zwangscharakter unternehmerischer Stadtentwicklung zu kritisieren und Spielräume lokaler Politik aufzuzeigen. Gelingt dies nicht, droht langfristig die soziale Basis und die Mobilisierungsfähigkeit für Protestbewegungen und Bürgerbegehren zu erodieren.

Danksagung

Für die konstruktive Kritik und die wertvollen Anmerkungen möchte ich mich bei Bernd Belina, Roger Keil und den Gutachtern der *ACME* herzlich bedanken. Außerdem gilt den Kritischen GeographInnen für den langjährigen, intensiven Austausch, die kontroversen Debatten und die anregende Atmosphäre besondere Anerkennung.

Literaturverzeichnis

Aglietta, Michel. 1987. *A Theory of Capitalist Regulation: The US Experience*. London: Verso.

Becker, Joachim. 2002. *Akkumulation, Regulation, Territorium: Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*. Marburg: Metropolis.

Belina, Bernd. 2006. *Raum, Überwachung, Kontrolle: Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Belina, Bernd. 2003. Kultur? Macht und Profit! Zu Kultur, Ökonomie und Politik im öffentlichen Raum und in der Radical Geography. In, Hans Gebhardt, Paul Reuber und Günther Wolkersdorfer (Hrsg.), *Kulturgeographie: Aktuelle Ansätze und Entwicklungen*. Heidelberg: Spektrum Akademischer Verlag, S. 83–100.

- Berger, Olaf und Andreas Schmalfeld. 1999. Stadtentwicklung in Hamburg zwischen „Unternehmen Hamburg“ und „Sozialer Großstrategie“. In, Jens Dangschat (Hrsg.), *Modernisierte Stadt Gespaltene Stadt: Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung*. Opladen: Vs Verlag, S. 317–42.
- Blume, Lorenz. 2003. *Kommunen im Standortwettbewerb: Theoretische Analyse, volkswirtschaftliche Bewertung und empirische Befunde am Beispiel Ostdeutschlands*. Baden-Baden: Nomos-Verlag-Gesellschaft.
- Brenner, Neil. 2004. *New State Spaces: Urban Governance and the Rescaling of Statehood*. Oxford: University Press.
- Brenner, Neil und Susanne Heeg. 1999. Lokale Politik und Stadtentwicklung nach dem Fordismus: Möglichkeiten und Beschränkungen. *Kurswechsel* 2, 102–19.
- Dangschat, Jens (Hrsg.) 1999. *Modernisierte Stadt Gespaltene Stadt: Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung*. Opladen: Vs Verlag.
- Dangschat, Jens und Ben Dietrich. 1999. Regulation, Nach-Fordismus und „global cities“ – Ursachen der Armut. In, Dangschat, Jens (Hrsg.), *Modernisierte Stadt Gespaltene Stadt: Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung*. Opladen: Vs Verlag, S. 73–112.
- Diekmann, Andreas. 2007. *Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Flick, Uwe. 2000. *Qualitative Forschung: Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Glasze, Georg, Robert Pütz und Manfred Rolfes (Hrsg.) 2005. *Diskurs - Stadt - Kriminalität: Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und kritischer Kriminalgeographie*. Bielefeld: Transcript.
- Habermas, Jürgen. 1978. *Technik und Wissenschaft als Ideologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hamm, Bernd. 1999. Globalisierung und Stadtentwicklung. *Geographische Revue* 1, 35–63.
- Harvey, David. 1990/2007. Zwischen Raum und Zeit: Reflektionen zur Geographischen Imagination. In, Bernd Belina und Boris Michel (Hrsg.), *Raumproduktionen: Beiträge der Radical Geography – Eine Zwischenbilanz*. Mün-

- ster: Westfälisches Dampfboot, S. 36–60.
- Harvey, David. 1989. From managerialism to entrepreneurialism: The transformation in urban governance in late capitalism. *Geografiska Annaler*, Series B, 71, 3–17.
- Harvey, David. 1987. Flexible Akkumulation durch Urbanisierung: Reflektion über Postmodernismus in amerikanischen Städten. *Prokla* 69, 109–31.
- Hauff, Thomas. 2003. Braucht Münster ein neues Image? Empirische Befunde zum Selbst- und Fremdbild als Grundlage eines Integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingkonzeptes. *Münstersche Geographische Arbeiten* 46, 43–56.
- Hauff, Thomas, Bernadette Spinnen und Berthold Tillmann. 2007. Marktorientierte Führung für Kommunen. Anspruch, Praxis, Perspektiven eines ganzheitlichen Stadtmarketings. In, Manfred Bruhn, Manfred Kirchgeorg und Johannes Meier (Hrsg.), *Marktorientierte Führung im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel: Heribert Meffert zum 70. Geburtstag*. Wiesbaden: Gabler, S. 349–82.
- Häußermann, Hartmut, Dieter Läßle und Walter Siebel. 2008. *Stadtpolitik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut und Walter Siebel. 2004. *Stadtsoziologie: Eine Einführung*. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag.
- Heeg, Susanne und Marit Rosol. 2007. Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext: Ein Überblick. *Prokla* 149, 491–510.
- Heeg, Susanne. 2004. Globalisierung als catch-all-phrase für städtische Veränderungen? Das Wechselverhältnis zwischen global und lokal in Metropolen. In, Joachim Beerhorst, Alex Demirovic und Michael Guggemos (Hrsg.), *Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 178–198.
- Heeg, Susanne. 2001. Unternehmen Stadt zwischen neuen Governanceformen und Sicherheitspolitik. *SPW* 118, 41–44.
- Hirsch, Joachim. 1996. *Der nationale Wettbewerbsstaat: Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*. Berlin: Id-Verlag.

- Hitz, Hansruedi, Ute Lehrer und Roger Keil (Hrsg.) 1995. *Capitales Fatales: Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Hoekman, Gerrit. 2008. Bürgerbegehren Musikhalle. Jetzt geht's los. *draußen! Straßenmagazin für Münster und Umland* 2, 5-6.
- Hoffmeister, Dieter. 2007. *Von Bettlern und Business-Menschen. Städtische Armut am Beispiel Münster*. Berlin, Münster: Lit Verlag.
- Initiative Münster Solidarisch. 2006. Ausverkauf: Münster Solidarisch Info Magazin. Münster: o. V.
- Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). 2007. Das Städteranking 2007. Online verfügbar unter <http://www.insm-wiwo-staedteranking.de>, zuletzt geprüft am 13.11.2007.
- Jessop, Bob. 2007. *Kapitalismus, Regulation, Staat: Ausgewählte Schriften*. Hamburg: Argument Verlag.
- Jungfer, Klaus. 2005. *Die Stadt in der Krise: Ein Manifest für starke Kommunen*. Wien: Hanser.
- Keil, Roger und Ute Lehrer. 1995. Städte des Kapitals und Welten des Widerstands. In, Hansruedi Hitz, Ute Lehrer und Roger Keil (Hrsg.), *Capitales Fatales: Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich*. Zürich: Rotpunktverlag, S. 8–21.
- Keil, Roger und Peter Lieser. 1988. Frankfurt: Die Stadt GmbH & Co.KG. *Stadtbauwelt* 100, 2122–27.
- Kohlmorgen, Lars. 2004. *Regulation, Klasse, Geschlecht: Die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Kost, Andreas. 2003. *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern: Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Krugman, Paul. 1994. Competitiveness: A dangerous obsession. *Foreign Affairs* 2, 28–44.

- Lamnek, Siegfried. 2006. *Qualitative Sozialforschung: Lehrbuch*. Weinheim: Beltz.
- Lebuhn, Henrik. 2007. Sozialräumliche Konflikte in der unternehmerischen Stadt. Eine Berliner Fallstudie. *Prokla* 149, 529–46.
- Lipietz, Alain. 1995. *Der Regulationsansatz, die Krise des Kapitalismus und ein alternativer Kompromiss für die neunziger Jahre*. In, Hansruedi Hitz, Ute Lehrer und Roger Keil (Hrsg.), *Capitales Fatales: Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich*. Zürich: Rotpunktverlag, S. 90–122.
- Lipietz, Alain. 1985. Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff 'Regulation'. *Prokla* 58, 109–37.
- Marx, Karl. 1867/1988. *Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie Bd. 1 – Der Produktionsprozeß des Kapitals (MEW 23)*. Berlin: Dietz Verlag.
- Mayer, Margit. 1998. Kritische Stadtforschung. In, Christoph Görg, Roland Roth und Joachim Hirsch (Hrsg.), *Kein Staat zu machen: Zur Kritik der Sozialwissenschaften*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 427–45.
- Mayer, Margit. 1996. Postfordistische Stadtpolitik: Neue Regulationsweisen in der lokalen Politik und Planung. *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 1-2, 20–27.
- Mayer, Margit. 1995. Stadtpolitik im Umbruch. In, Hansruedi Hitz, Ute Lehrer und Roger Keil (Hrsg.), *Capitales Fatales: Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich*. Zürich: Rotpunktverlag, S. 123–136.
- Mayring, Philipp. 2008. *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz.
- Mayring, Philipp. 2002. *Einführung in die qualitative Sozialforschung: Eine Anleitung zu qualitativem Denken*. Weinheim: Beltz.
- Mayring, Philipp. 2000. Qualitative Inhaltsanalyse. In, Flick, Uwe (Hrsg.), *Qualitative Forschung: Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 468–74.
- Meffert, Heribert. 2006. Stadtentwicklung und Stadtmarketing: Münster im Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne. Dankesrede anlässlich der

Überreichung der Paulus Plakette. Münster.

- Meuser, Michael und Ulrike Nagel. 2005. Experteninterview – vielfach erprobt, wenig bedacht: Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In, Alexander Bogner, Beate Littig und Wolfgang Menz (Hrsg.), *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*. Wiesbaden: Vs Verlag, S. 71–93.
- Meyer zu Schwabedissen, Friederike und Judith Miggelbrink. 2005. „Wo der Standort trompetet, geht die Freiheit flöten“: Bilder interurbanen Wettbewerbs am Beispiel der Bewerbung Leipzigs zur „Candidate City“ für die Olympischen Spiele 2012. *Social Geography* 1, 15–27.
- Michel, Boris. 2005. *Stadt und Gouvernementalität*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Mitchell, Don. 1997. The annihilation of space by law: The roots and implications of anti-homeless laws in the United States. *Antipode* 29, 303–35.
- Müller, Wolfgang und Detlev Sträter. 2008. Raumplanung und regionale Förderpolitik – Gleichwertige Lebensbedingungen im Wandel von Raumkonzeptionen und Leitbildern. In, Wolfgang Krumbein, Hans-Dieter von Frieling, Uwe Kröcher und Detlev Sträter (Hrsg.), *Kritische Regionalwissenschaft: Gesellschaft, Politik, Raum*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 248-78.
- Münster Marketing. 2007. *Geschäftsbericht 2006*. Münster: o. V. Parker, Simon.
2004. *Urban Theory and the Urban Experience: Encountering the City*. London: Routledge.
- Pelizzari, Alessandro. 2001. *Die Ökonomisierung des Politischen*. Konstanz: Uvk.
- Reuber, Paul und Carmella Pfaffenbach. 2005. *Methoden der empirischen Human-geographie: Beobachtung und Befragung*. Braunschweig: Westermann.
- Reuber, Paul und Peter Schnell. 2003. Events in Münster – ökonomischer Effekt und Beitrag zum Image der Stadt? *Münstersche Geographische Arbeiten* 46, 33–42.
- Rödl und Partner. 2006. Konsolidierungsmaßnahmen: Beratung und Begleitung der Stadt Münster bei der Konsolidierung des städtischen Haushalts 2007ff. Online verfügbar unter <http://www.muenster.de/stadt>, zuletzt geprüft am 08.07.2007.

Ronneberger, Klaus, Stephan Lanz und Walther Jahn. 1999. *Die Stadt als Beute*. Bonn: Dietz.

Scheuplein, Christoph. 2008. Die Regulationstheorie in der deutschsprachigen Wirtschaftsgeographie: Bilanz und Perspektiven. In, Wolfgang Krumbein, Hans-Dieter von Frieling, Uwe Kröcher und Detlev Sträter (Hrsg.), *Kritische Regionalwissenschaft: Gesellschaft, Politik, Raum*. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 150-67.

Schipper, Sebastian. 2006. Privatisierung öffentlicher Räume als Folge von interkommunalem Wettbewerb. In, Attac Österreich und Kritische Geographie Österreich (Hrsg.), *Zwischen Konkurrenz und Kooperation: Analysen und Alternativen zum Standortwettbewerb*. Wien: Mandelbaum, S. 104–112.

Stadt Münster. 2007. *Jahres-Statistik 2006*: Stadt Münster. Online verfügbar unter <http://cgi.citykom.de/stadt/stadtplanung/pdf/Jahres-Statistik-2006.pdf>, zuletzt geprüft am 14.12.2007.

Stadt Münster. 2004. *Vorlage 118/2004: Integriertes Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingkonzept Münster (ISM) Münster-Profil, Leitorientierungen und Leitprojekte*. Online verfügbar unter http://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/pdf/Vor118_04_und_Erg.pdf, zuletzt geprüft am 11.12.2007.

Tillmann, Berthold. 2007a. Rede zum Etatentwurf 2008. 21. November. Online verfügbar unter <http://www.muenster.de/stadt/obm/reden.shtml>, zuletzt geprüft am 14.12.2007.

Tillmann, Berthold. 2007b. Zum Haushaltsplan 2007. Online verfügbar unter <http://www.muenster.de/stadt/obm/reden.shtml>, zuletzt geprüft am 11.12.2007.

Tillmann, Berthold. 2005. Rede zur Einbringung des Etatentwurfs 2006. 07. Dezember. Online verfügbar unter <http://www.muenster.de/stadt/obm/reden.shtml>, zuletzt geprüft am 11.12.2007.

Tillmann, Berthold. 2004. Anmerkungen zur Einbringung des Entwurfs über den Haushaltsplan 2005 und die Finanz- und Investitionsplanung 2004 – 2008 in den Rat der Stadt Münster. 08. Dezember. Online verfügbar unter <http://www.muenster.de/stadt/obm/reden.shtml>, zuletzt geprüft am

11.12.2007.

Tillmann, Berthold. 2003. Quo vadis Münster – Strategien für den Standort. 24. Juli. Online verfügbar unter

<http://www.muenster.de/stadt/obm/reden.shtml>, zuletzt geprüft am 11.12.2007.

Wehrheim, Jan. 2006. *Die überwachte Stadt – Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung*. Opladen: Budrich.

Wood, Gerald. 2007. Erneuerung der Stadt durch „Kultur“? Aktuelle Tendenzen der Stadtentwicklung am Beispiel von Newcastle und Gateshead. *Geographische Rundschau* 7/8, 28–35.

Wood, Gerald. 2003. *Die Wahrnehmung städtischen Wandels in der Postmoderne: Untersucht am Beispiel der Stadt Oberhausen*. Opladen: Budrich.